

# NIEDERSCHRIFT

## Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Salem

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 24.03.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im Gemeinschafts-/Feuerwehrhaus in Dargow

---

### Anwesende Mitglieder

Herbert Schmidt	Bürgermeister
Jens Timm	2. stv. Bürgermeister
Manfred Martens	Gemeindevertreter
Kerstin Warncke	Gemeindevertreterin
Uwe Weidemann	Gemeindevertreter

### Entschuldigte Mitglieder

Jürgen Kaiser	1. stv. Bürgermeister
Thomas Daberkow	Gemeindevertreter
Wolfgang Lück	Gemeindevertreter
Peter-Henning von Zitzewitz	Gemeindevertreter

### Ferner anwesend:

Marcus Ratje	Amt Lauenburgische Seen, zugleich als Protokollführer
--------------	---

Die Mitglieder der Gemeindevertretung der Gemeinde Salem wurden unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen.

Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gemacht.

## **Tagesordnung :**

### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 30.11.2010
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Änderungsentwurf der Richtlinie des Kreises Herzogtum Lauenburg über das Verfahren zur Ermittlung und Durchführung des Kindergartenkostenausgleichs hier: Anhörung der Gemeinden  
Vorlage: 24-01/2011/038
7. Dörfer zeigen Kunst
8. Wahl des Gemeindeführers  
hier: Bestätigung, Ernennung, Vereidigung und Aushändigung der Ernennungs-  
urkunde
9. Wahl des stellv. Gemeindeführers  
hier: Bestätigung, Ernennung, Vereidigung und Aushändigung der Ernennungs-  
urkunde
10. Verkehrsüberwachung  
hier: Anschaffung einer Geschwindigkeitsanzeige
11. Müllsammelaktion im Gemeindegebiet
12. Offene Ganztagschule Sterley
13. Bericht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2010
14. Bericht des Bürgermeisters über Breitbandvorhaben im Amtsbereich und in der  
Gemeinde Salem

### Nichtöffentlicher Teil:

15. Grundstücksangelegenheiten

### Öffentlicher Teil:

16. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse
17. Verschiedenes

## **Protokoll:**

### Öffentlicher Teil:

---

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Bürgermeister Schmidt eröffnet die heutige Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.  
Er beantragt, den TOP 15 – Grundstücksangelegenheiten - in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt 15 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Davon anwesend:	5
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

---

#### **TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

---

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

---

#### **TOP 3 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 30.11.2010**

---

Die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.11.2010 hat allen Mitgliedern der Gemeindevertretung form- und fristgerecht vorgelegen. Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zum Inhalt der Niederschrift werden nicht vorgetragen; somit entfällt eine Beschlussfassung.

---

#### **TOP 4 Einwohnerfragestunde**

---

Seitens der anwesenden Einwohner werden keine Fragen gestellt.

---

#### **TOP 5 Bericht des Bürgermeisters**

---

In seinem Bericht geht Herr Bürgermeister Schmidt auf folgende Punkte ein:

- Besondere Geburtstage und Ehejubiläen in der Gemeinde Salem
- Anbauverbotszone an der Kreisstraße 1 im Bereich des „Ahornweges“  
Es wird keine Zurückverlegung der Anbauverbotszone bis zu Beginn des Baugebietes in Aussicht gestellt.
- Geplanter Abbau der Telefonzelle am Parkplatz am See in Salem durch die Telekom Deutschland GmbH. Ersatz einer Säule wird geprüft.

- Sturmschadeneinsatz für die e.on Hanse AG (umgestürzter Baum an der Schaalseekanalbrücke)
- Fäkalschlammabfuhr in Bresahn und zu reparierende Domdeckel durch Eigentümer
- Spenden und Zuschüsse seitens der Gemeinde Salem im Jahr 2011
- Feuerwehrangelegenheiten  
Förderrichtlinien des Kreises; Jugendfeuerwehr Schaalsee; Beschaffung von Digitalen Sirenensteuerungsempfängern; Anlieferung neues FF-Fahrzeug voraussichtlich im Juli 2011
- Winterdiensteinsätze 2010 / 2011 und Ausgabenhöhe dafür
- Geplante Änderung der Amtsordnung im Nachgang des Urteils des Landesverfassungsgerichtes. Im Kern geht es um Vermeidung von Aufgabenübertragungen von Gemeinden auf das Amt. Die gemeindlichen Entscheidungen sollen von Gemeindevertretern und nicht von gemeindefernen Amtsausschussmitgliedern getroffen werden. Die Amtsverwaltung dient der Betreuung, der Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen.
- Klarstellung gegenüber dem DRK Salem-Dargow, dass es keine Kostenbeteiligung beim Bau des gegenwärtigen Feuerwehrhauses gegeben hat.
- Anmeldung am Projekt „Daimler wird 125“ zur Förderung der Beschaffung und Unterhaltung eines Großkanus. Entscheidung Anfang Juni 2011
- Sachstandsbericht in Bezug auf das Lindenhofgrundstück und Darlegung des derzeitigen Planungsstandes. Darstellung unterschiedlicher Abarbeitungen für Abriss des Bestandes, Neubau des Gemeindezentrums und Sanierung der Scheune. Zusammenarbeit mit Fachdiensten des Kreises wie z.B. Bauaufsicht, Untere Naturschutzbehörde (Artenschutzausgleich); Denkmalbehörde (Scheune) und weiteren am Verfahren Beteiligten.
- Angelegenheiten der Kindertagesstätte in Sterley (7:00 bis 17:00 Uhr ab 1.2.2011)
- Senkung der Amtsumlage
- Wahl eines Amtswehrführers für das Amt Lauenburgische Seen
- Aktion „Sauberes Dorf“ am 26.03.2011 m. d. Bitte um Teilnahme

---

**TOP 6    Änderungsentwurf der Richtlinie des Kreises Herzogtum Lauenburg über das Verfahren zur Ermittlung und Durchführung des Kindergartenkostenausgleichs  
hier: Anhörung der Gemeinden  
Vorlage: 24-01/2011/038**

---

**Sach- und Rechtslage gemäß Vorlage:**

Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat mit Rundschreiben vom 15.12.2010 einen Entwurf zur Änderung seiner Richtlinien über das Verfahren zur Ermittlung und Durchführung des Kindergartenkostenausgleichs nach § 25 a Kindertagesstättengesetz (KitaG) vorgelegt und allen Gemeinden die Möglichkeit der Stellungnahme gegeben. Das Rundschreiben mit dem Richtlinienentwurf wurde allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern am 17.12.2010 von der Verwaltung in die Postfächer gelegt. Der Kreis Herzogtum Lauenburg hatte eine Rückmeldung bis zum 28.02.2011 erbeten. Im Hinblick auf die Beratung in der Bürgermeister-Versammlung am 01.03.2011 wurde eine Fristverlängerung bis zum 31.03.2011 beantragt, in der Zwischenzeit hat der Kreis Herzogtum Lauenburg dieser Fristverlängerung entsprochen.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg als örtlicher Träger der Jugendhilfe beabsichtigt mit der Änderung der Kindergartenkostenausgleichsrichtlinie analog zur Regelung bei der Ermittlung seiner Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten, eine Deckelung der Elternbeiträge bei 38 % der Gesamtbetriebskosten einer Einrichtung vorzunehmen. Andererseits soll der Gemeindeanteil nicht mehr auf 1/3 der Betriebskosten festgeschrieben werden, sondern den sich nach Abzug des gedeckelten Elternanteils und der Landes- und Kreiszuschüsse noch ergebenden nicht gedeckten Restkosten entsprechen.

Die Begründung des Kreises in dem Rundschreiben vom 15.12.2010 hinsichtlich der dargestellten Verwerfungen bei den Elternkosten kann nur für die wenigen Fälle bestätigt werden, in denen Familien mit Wohnsitz im Kreisgebiet hier keinen Platz erhalten und nach Hamburg ausweichen müssen. Dies liegt an der unterschiedlichen Berechnung der Elternbeiträge in den beiden Bundesländern.

Innerhalb des Kreisgebietes dagegen gibt es die dargestellten Probleme nicht, da hier die Eltern auswärtiger Kinder nicht automatisch mehr Beiträge zahlen müssen, wenn die Kostenausgleichszahlungen niedriger ausfallen als die tatsächlich angeforderten Kosten.

Eine ausreichende Begründung für eine kreisweite Erhöhung der Kostenausgleichssätze durch die wenigen problematischen Fälle mit Hamburg wird aus hiesiger Sicht nicht als gegeben angesehen. Eine gemeinsame Lösung aller an Hamburg grenzenden Nachbarkreise mit der Hansestadt Hamburg wird wohl zeitnah nicht erreichbar sein.

Anders sieht es bei der vom Kreis dargestellten Ungleichbehandlung der Gemeinden aus. Diese ist tatsächlich vorhanden, weil die aktuellen Kostenausgleichsbeträge in den seltensten Fällen wirklich kostendeckend sind. Grund hierfür ist insbesondere, dass die allermeisten Kindergartenträger nur die laufenden Betriebskosten, nicht aber die Investitionskosten (z. B. Abschreibungen, Verzinsung des aufgewandten Kapitals) abrechnen und über die Bestandsmeldung an den Kreis weiterleiten.

Die Auswirkungen der Richtlinienänderung sind zwischen den Gemeinden sehr unterschiedlich und müssen danach beurteilt werden, ob eine Gemeinde selbst Standortgemeinde eines Kindergartens ist und wie hoch die Bedarfsdeckung in der jeweiligen Gemeinde ausfällt.

Dabei sind Gemeinden, die nicht nur ihren eigenen Bedarf abdecken, sondern darüber hinaus noch Plätze für auswärtige Kinder bereithalten, an höheren, zumindest aber kostendeckenden Kostenausgleichsbeträgen interessiert. Dagegen sind Gemeinden, die ihren Bedarf nicht decken und ihre Kinder in einer anderen Gemeinde betreuen lassen müssen, daran interessiert, möglichst niedrige Kostenausgleichssätze zu erreichen.

Letztendlich muss allerdings jede Gemeinde aus der eigenen Betreuungssituation vor Ort entscheiden, wie sie zu einer Anhebung der Kostenausgleichssätze durch die Änderung der Kreisrichtlinien steht. Unterschiedliche Auffassungen hierzu haben sich auch in der erweiterten Vorstandssitzung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kreisverband Herzogtum Lauenburg, am 01.02.2011 gezeigt. So wollen z. B. die Gemeinden des Amtes Berkenthin eine positive Stellungnahme zu der beabsichtigten Änderung der Kreisrichtlinien abgeben.

Ausgangslage für den Kreis Herzogtum Lauenburg, so wie in der Rundverfügung dargestellt, waren Widersprüche von Eltern, denen kein bedarfsgerechter Krippen- oder Kindergartenplatz angeboten werden kann und die deshalb darauf angewiesen sind, auf eine auswärtige Betreuung, z. B. in der Nachbargemeinde oder beispielsweise vermehrt auch in Hamburg, auszuweichen, für die sie im Einzelfall tatsächlich erheblich zahlen müssen. Dabei entstehen auch vermehrt außergewöhnliche Bedarfe, z. B. für eine 8 – 10-stündige Betreuung.

In der Zusammenfassung bzw. Beschlussbewertung kommt der Kreis Herzogtum Lauenburg zum Ergebnis, dass die vorgeschlagene Änderung des Ausgleichssystems zu mehr Verteilungsgerechtigkeit aller Beteiligten, also der Standortgemeinde der Kindertagesstätte, der Wohnsitzgemeinde und den Eltern führt.

In der Bürgermeister-Versammlung am 01.03.2011 wurde ausführlich über die vom Kreis beabsichtigte Richtlinienänderung beraten. Es wurde einvernehmlich den Gemeinden empfohlen, die vorgesehene Richtlinienänderung abzulehnen und an den Kreis eine negative Stellungnahme abzugeben, um eine weitere Kostenbelastung der Gemeinden zu verhindern.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Die mit Schreiben des Kreises Herzogtum Lauenburg vom 15.12.2010 vorgeschlagene Richtlinienänderung für die Ermittlung der Kindergartenausgleichszahlungen wird abgelehnt.
2. Die bisherige Verteilung der Finanzierungsanteile (Land, Kreis, Wohngemeinde, Eltern) soll beibehalten bleiben.
3. Die Verschiebung der Förderanteile mit einer höheren Kostenbeteiligung für die Gemeinden und einer Deckelung der Regelerternbeiträge bei höchstens 38 % wird abgelehnt, um weitere Kostenbelastungen für den Haushalt der Gemeinde Salem zu vermeiden.
4. Es wird als zumutbar angesehen, dass bei besonderen bzw. außergewöhnlichen Bedarfssituationen der Elternbeitrag 38 % überschreitet.
5. Der Kreis Herzogtum Lauenburg als Träger der Jugendhilfe wird aufgefordert, ggf. seinen Kostenanteil zu erhöhen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Davon anwesend:	5
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

---

## **TOP 7 Dörfer zeigen Kunst**

Herr Bürgermeister Schmidt erläutert, den aktuellen Sachstand zur Organisation der Kunstausstellung „Dörfer zeigen Kunst“ im Jahre 2011 in Salem. Er teilt mit, dass die Eröffnungsveranstaltung am 23.07.2011 um 15:00 Uhr stattfinden soll. In seinen weiteren Ausführungen berichtet er über den Ablauf der Eröffnungsveranstaltung, die notwendige Vorbereitung des Ausstellungsraumes, die teilnehmenden Künstler sowie die geplante Radtour.

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

## **TOP 8 Wahl des Gemeindeführers hier: Bestätigung, Ernennung, Vereidigung und Aushändigung der Ernennungsurkunde**

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung bestätigt die Wahl des Herrn Jens Timm zum Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Salem.

### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Davon anwesend:	5
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	1
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

### **Bemerkung:**

Aufgrund § 22 GO war Herr Jens Timm von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Herr Bürgermeister Schmidt ernennt Herrn Hauptbrandmeister Jens Timm zum Gemeindeführer, vereidigt ihn und händigt ihm die Ernennungsurkunde aus.

---

## **TOP 9 Wahl des stellv. Gemeindeführers hier: Bestätigung, Ernennung, Vereidigung und Aushändigung der Ernennungsurkunde**

---

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung bestätigt die Wahl des Herrn Jörg Schlichting zum stellvertretenden Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Salem.

### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Davon anwesend:	5
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Bürgermeister Schmidt ernennt Herrn Brandmeister Jörg Schlichting zum stellvertretenden Gemeindeführer, vereidigt ihn und händigt ihm die Ernennungsurkunde aus.

---

## **TOP 10 Verkehrsüberwachung hier: Anschaffung einer Geschwindigkeitsanzeige**

---

Herr Bürgermeister Schmidt berichtet über Anregungen von Salemer Einwohnern, ein Geschwindigkeitsmessgerät zu beschaffen.

Es ergeht eine rege Diskussion über die Für und Wider der Beschaffung eines entsprechenden Gerätes

Als Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten, dass zunächst von einer Beschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes abgesehen werden soll. Die Gemeindevertretung einigt sich darauf, vor einer Beschaffung zunächst probeweise ein Leihgerät einzusetzen. Herr Bürgermeister Schmidt wird sich um ein Leihgerät bei den Nachbargemeinden bemühen.

---

## **TOP 11 Müllsammelaktion im Gemeindegebiet**

---

Herr Bürgermeister Schmidt teilt mit, dass am 26.03.2011 die Müllsammelaktion in Salem und Dargow stattfindet. Entsprechende Müllbehälter sind organisiert und für die Verpflegung ist gesorgt.

Es werden die Probleme bei der Erreichbarkeit der Zweitwohnsitzler erörtert.

Die Gemeindevertretung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

## **TOP 12 Offene Ganztagschule Sterley**

---

Herr Bürgermeister Schmidt berichtet über die geplante Einrichtung einer Offenen Ganztagschule an der Grundschule in Sterley ab dem Schuljahr 2011/12. In seinen Ausführungen geht er auf das Konzept, die Kosten, das Betreuungsangebot, die Bedarfsermittlung und den Mensabetrieb ein.

Die Gemeindevertretung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

## **TOP 13 Bericht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2010**

---

Herr Bürgermeister Schmidt erläutert die der Niederschrift anliegende Liste mit den über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das gesamte Haushaltshalbjahr 2010.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Bericht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltshalbjahr 2010 gemäß § 82 GO zuzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Davon anwesend:	5
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

---

## **TOP 14 Bericht des Bürgermeisters über Breitbandvorhaben im Amtsbereich und in der Gemeinde Salem**

---

Herr Bürgermeister Schmidt berichtet über den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Breitbandversorgung im Amt Lauenburgische Seen. Als einzige Firma für die Umsetzung einer Breitbandversorgung bis in das Haus, stellt sich die Vereinigte Stadtwerke als Partner zur Verfügung. Die weiten Wege in den schwach besiedelten Dörfern lassen jedoch nur eine große Lösung zu. Es müssen mehrere Gemeinden gemeinsam und mit einer relativ hohen Anschlussquote bereit sein zur Umsetzung. In diesem Rahmen geht er auch auf die geplante Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung als gemeinsame vorbereitende Amtsmaßnahme ein. Diese wird im Sommer abgeschlossen sein und wird Aufschluss über die weitere Vorgehensweise geben.

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.



Nichtöffentlicher Teil:

---

**TOP 15 Grundstücksangelegenheiten**

---

Öffentlicher Teil:

---

**TOP 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Herr Bürgermeister Schmidt berichtet, dass keine Beschlüsse gefasst wurden. Es wurden lediglich die erteilten Baugenehmigungen seit der letzten Sitzung der Gemeindevertretung im November 2011 vorgestellt, die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für ein Bauvorhaben zur vorbereitenden Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Bauausschuss verwiesen und die Wohnbauentwicklungsquoten für den Zeitraum 2010 bis 2025 erörtert.

---

**TOP 17 Verschiedenes**

---

Herr Bürgermeister Schmidt gibt die Gebührensatzung für die Kindertagesstätte und den Spielkreis der ev. Luth. Kirchengemeinde Sterley zur Kenntnis.

---

Bürgermeister

Protokollführer